

# PLENUM 2018



## In dieser Ausgabe:

**THEMA DER WOCHE:**

Das „Gute-Kita-Gesetz“

**MARTIN BURKERT:**

Franken ist das Silicon Valley für Bahninnovationen

**GABRIELA HEINRICH:**

70 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

**MARTINA STAMM-FIBICH:**

TSVG: Eine gute Versorgung sichern

**CARSTEN TRÄGER :**

Gemeinsame Agrarpolitik muss nachhaltiger werden

## Koalition beschließt das „Gute-Kita-Gesetz“

Qualität von Kindertagesstätten wird bundesweit gefördert. Gebühren sollen schrittweise abgeschafft werden. Bis 2022 werden 5,5 Milliarden Euro investiert.

Es muss gute Bedingungen für frühkindliche Förderung geben. Gute Arbeitsbedingungen für die Erzieherinnen und Erzieher. Und eine Entlastung von Familien. Aus all diesen Gründen hatten wir im SPD-Wahlprogramm ein bundesweites Gesetz gefordert, um die Qualität von allen Kitas zu fördern und die Kita-Gebühren schrittweise abzuschaffen.

Das setzen wir jetzt mit dem „Gute-Kita-Gesetz“ um! Es investiert in längere Öffnungszeiten für Kitas, einen besseren Fachkraft-Kind-Schlüssel, Inklusion von Kindern mit Behinderung, sprachliche Bildung und Maßnahmen zur kindlichen Entwicklung, Gesundheit, Ernährung und Bewegung. Auch Fachkräfte zu gewinnen oder deren Arbeitsbedingungen zu verbessern, wird gefördert. 2019 planen wir darüber hinaus eine Fachkräfte-Offensive.

Vierorts gibt es schon Befreiungen oder weniger Gebühren für die, die kein Geld haben. Das Gesetz stellt nun sicher, dass Erwerbstätige mit geringem Einkommen, die Kinderzuschlag oder Wohngeld erhalten, künftig bundesweit von den Gebühren befreit werden. Die Länder können aber Teile der Bundesmittel auch verwenden, um die Kita-Beiträge für alle Familien zu senken oder abzuschaffen.



Viele SPD-geführte Länder haben das längst getan – anders als die bayerische Staatsregierung.

### Hintergrund

Die SPD hat einst den Startschuss dafür gegeben, dass der Bund in Kitas investiert. Dem Tagesbetreuungsbaugesetz folgten verschiedene Investitionsprogramme. Seit 2006 sind über 400.000 neue Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren entstanden, auch durch den von uns durchgesetzten Rechtsanspruch. Aber: Noch immer fehlen Kita-Plätze. Mit ei-

nem Investitionsprogramm, das 2017 startete, wollen wir – unabhängig vom „Gute-Kita-Gesetz“ – 100.000 weitere Plätze schaffen.

Mit dem „Gute-Kita-Gesetz“ stellen wir 5,5 Milliarden Euro bis 2022 zur Verfügung. Wenn es nach der SPD geht, unterstützt der Bund auch danach. Wir wollen zudem einen bundesweit einheitlichen Fachkraft-Kind-Schlüssel, dem sich die Länder bisher verweigern. Insofern ist das Gesetz noch nicht der letzte Schritt auf unserem Weg. Aber ein großer.



Martin Burkert | Wahlkreis Nürnberg Süd und Schwabach

✉ [martin.burkert@bundestag.de](mailto:martin.burkert@bundestag.de)

☎ 030 - 227 733 63

🌐 [www.martin-burkert.de](http://www.martin-burkert.de)

📘 [facebook.com/burkertmartin](https://facebook.com/burkertmartin)

**SPD**

Zeit für mehr  
Gerechtigkeit.

# Franken ist das Silicon Valley für Bahninnovationen

Nach Hybridloks, Friction Modifier und autonomer U-Bahn: In Franken wird bundesweit erstmals ein neues Telematiksystem getestet.

Zwischen Nürnberg und Hersbruck ist im Rahmen eines Pilotversuchs seit kurzem eine neue Technik im Einsatz, die den Dieserverbrauch im Regionalverkehr senken soll. Schon ab Mitte nächsten Jahres sollen 850 Fahrzeuge deutschlandweit mit dem Telematik-Assistenzsystem ausgestattet werden, davon 48 in Franken. So sollen zwölf Millionen Liter Diesel und 30.000 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr eingespart werden.

Über einen an die Motorsteuerung der Züge angeschlossenen GPS-Empfänger werden Daten zu Strecke, Geschwindigkeit und Verbrauch gesammelt. Auf einem Display wird den Triebfahrzeugführerinnen und -führern die verbrauchsärmste Fahrweise angezeigt.

Die rund 30 Kilometer lange Strecke zwischen Nürnberg und Hersbruck ist für den Probebetrieb sehr gut geeignet, denn hier sind mit bis zu 160 km/h die schnellsten Dieselfahrzeuge der DB Regio-Flotte im Einsatz – und je größer die Geschwindigkeit desto höher der Verbrauch.

Mit dem Telematik-Assistenzsystem entwickelt sich Franken immer mehr zum Silicon Valley für Bahninnovationen. Schon in der Vergangenheit wurde hier getestet: So sind zum Bei-



Auf der Strecke Nürnberg - Hersbruck wird das neue Telematiksystem getestet. MdB Martin Burkert sieht die Region in einer Vorreiterrolle beim Bahnverkehr. Foto: editorial247.com

spiel seit 2016 Rangier-Hybridloks in Nürnberg und Würzburg im Einsatz. Nach zwei Jahren im Testbetrieb zeigt sich, dass der Kraftstoffverbrauch um rund ein Drittel im Vergleich zu herkömmlichen Rangierloks sinkt und auch weniger Schadstoffe ausgestoßen werden. Darüber hinaus sind die Hybridloks viel leiser, denn rund 78 Prozent ihrer Einsatzzeit laufen sie im geräuscharmen Batteriebetrieb.

Seit mittlerweile sieben Jahren sind am Nürnberger Rangierbahnhof alle Gleisbremsen umgebaut. Mit dem so

genannten „Friction Modifier“ wurde dort ein innovatives Reibemittel erprobt, das das Quietschen der Güterwagons deutlich minimiert hat. Mittlerweile sind deutschlandweit mehrere Rangierbahnhöfe nach Nürnberger Vorbild mit dem „Friction Modifier“ ausgestattet.

Auch bei der U-Bahn ist Nürnberg eine Vorreiterstadt: Hier fahren bereits seit 2008 autonome U-Bahn-Züge. Ich bin der Meinung: Mit den Bahninnovationen in Franken soll es so erfolgreich weitergehen.



Gabriela Heinrich | Wahlkreis Nürnberg Nord

✉ [gabriela.heinrich@bundestag.de](mailto:gabriela.heinrich@bundestag.de)

☎ 030 - 227 758 44

🌐 [www.gabriela-heinrich.de](http://www.gabriela-heinrich.de)

📘 [facebook.com/heinrichgabriela](https://facebook.com/heinrichgabriela)

**SPD**

Zeit für mehr  
Gerechtigkeit.

# Allgemeine Erklärung der Menschenrechte wird 70

Im Jahr 1948 formulierte die Weltgemeinschaft Rechte, die jedem Menschen auf der Erde zustehen. Bis heute gilt es, diese Rechte zu verteidigen.

Es gibt Leute, die Menschenrechte als Lifestyle-Thema abtun. Doch woher kommen eigentlich die Rechte, die für uns heute selbstverständlich sind? Sie kommen aus der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, die auch heute noch eine immense Bedeutung hat.

Millionen Tote kurz zuvor. Der Kalte Krieg in vollem Gange. West-Berlin aus der Luft versorgt. Das war die Situation 1948. Und die Weltgemeinschaft tat etwas Unerhörtes. Sie formulierte Rechte, die jeder Mensch auf der Welt einfach so hat, die ihm oder ihr nicht genommen werden können und die immer und überall gelten.

70 Jahre – dieser Zeitraum war gekennzeichnet von schwersten Menschenrechtsverletzungen. Und immer wieder, bis heute, gibt es Versuche, die Menschenrechte zu relativieren: Freiheitsrechte werden in China abgetan als "westlich", wichtiger seien die sozialen Menschenrechte.

Frauenrechte oder die Rechte von Schwulen, Lesben und Transgender werden weltweit als nicht vereinbar mit Religionen oder Traditionen bezeichnet – zum Beispiel in islamischen Staaten oder in Teilen Afrikas. Oft hebeln Profit-Interessen die Menschenrechte aus, indem Lebensgrundlagen der indigenen Bevölkerung zerstört

und Umweltaktivisten bedroht oder ermordet werden. In Europa werden diejenigen lauter, die Migrantinnen und Migranten ausgrenzen. Rechtspopulisten in Ungarn, in Polen, in Österreich und in Deutschland wollen die

**„Das Konzept der universellen Menschenrechte ist es wert, davon begeistert zu sein.“**

Zivilgesellschaft einschränken und bedrohen Journalistinnen und Journalisten, Aktivistinnen und Aktivisten. Andere Kulturen und Menschen sind dann plötzlich weniger wert. Andere Meinungen gelten nicht und zentrale Werte wie die Gleichheit aller Menschen werden offen in Frage gestellt.

Dem stehen die Regeln entgegen, die die Menschenrechte nun einmal darstellen. Immer wieder sagt uns die Allgemeine Erklärung in ihren 30 Artikeln: Der, den Du nicht kennst, der, den du nicht magst – der ist immer und überall ganz genauso viel wert wie du. Denn die Menschenrechte sind universell, unveräußerlich und unteilbar.

Wir Demokraten müssen uns allen Versuchen, die Menschenrechte zu verletzen oder zu relativieren, entgegenstellen. In Deutschland, in Europa, in der Welt. Ein Angriff auf die Menschenrechte ist immer auch ein Angriff auf die Demokratie.

Die Menschenrechte können Identität stiften, und zwar viel besser als Ausgrenzung. In Nürnberg versuchen wir das immer wieder. Aus der Stadt der Reichsparteitage ist die Stadt der Menschenrechte geworden. Die Auseinandersetzung mit der Menschenrechtserklärung ist zu einem wichtigen Teil unserer Stadtidentität geworden.

Die Allgemeine Menschenrechtserklärung ist nicht zuletzt Ordnungspolitik für ein gutes Zusammenleben und für die individuelle Freiheit. Sie liefert Regeln gegen Diskriminierung, Hass und Gewalt. Sie ist auch 70 Jahre später noch genauso wichtig wie damals.



# Ein gute Versorgung sichern

Gesetzentwurf zum TSVG muss im Sinne der Patientinnen und Patienten sowie der Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten geändert werden.

Gesetzlich Krankenversicherte sollten mit dem Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG) schneller Arzttermine bekommen. Das Bundeskabinett hat den Gesetzentwurf von Gesundheitsminister Jens Spahn am 26. September beschlossen, jetzt fand die erste Lesung statt. Doch Teile des Gesetzes stoßen nach meiner Ansicht als Patientenbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion zu Recht auf Kritik.

Im Kabinettsentwurf wurde kurzfristig ein Zusatz zum § 92 Abs. 6a SGB V eingeführt. Er sieht eine „gestufte Steuerung“ von hilfeschenden psychisch kranken Menschen vor. Ausgesuchte Ärztinnen, Ärzte und Psychotherapeutinnen und -therapeuten sollen in Voruntersuchungen entscheiden, ob und wo Patientinnen und Patienten welche Hilfe bekommen. Welche Qualifikation diese Ärztinnen und Ärzte haben sollen, ist bisher unklar.

Einen Mangel an Psychotherapeutinnen und -therapeuten gibt es nicht, allerdings zu wenige mit Kassenzulassung. Das führt zu langen Wartezeiten. Mit einer unausgegorenen Regelung wie im TSVG-Entwurf wird die Versorgung psychisch erkrankter Menschen aber nicht besser. Stattdessen werden neue Hürden und ein neues Nadelöhr für alle Patientinnen und Patienten geschaffen. Deshalb unterstütze ich die Forderung, den Vorschlag im parlamentarischen Verfahren aus dem Gesetzentwurf zu streichen.



Martina Stamm-Fibich (5.v.r.) und ihre Kolleginnen und Kollegen aus dem Bundestag nehmen eine Petition mit 150.000 Unterschriften zum geplanten Terminservice- und Versorgungsgesetz entgegen.

Dirk Heidenblut, Berichterstatter der SPD-Fraktion für Psychotherapie befürchtet, dass die Regelung „zum Ende der freien Wahl von Therapeut und Therapieverfahren in der psychotherapeutischen Behandlung führt.“ Sie müsse deshalb wieder aus dem Entwurf gestrichen werden. Das fordern auch gut 150.000 Unterzeichnerinnen und Unterzeichner einer Petition, die beim Bundestag eingereicht wurde.

Als zuständige Berichterstatterin im Petitionsverfahren werde ich mich dafür einsetzen, dass der Gesetzentwurf im Sinne der Patientinnen und Patienten sowie der Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten geändert wird. Im Januar wird es sowohl eine öffentliche Beratung der Petition mit Gesundheitsminister Spahn, als auch eine Expertinnen- und Experten-

hörung im Gesundheitsausschuss geben.

## Intersex: Neuer Eintrag im Register

Die Koalition stärkt die Rechte Intersexueller und regelt die Eintragung ins Geburtenregister neu. Zukünftig ist es möglich, neben keiner Angabe, „männlich“ und „weiblich“ auch „divers“ anzugeben. Für mich besonders wichtig: Erwachsene müssen lediglich eine Erklärung an Eides statt abgeben, aber kein Attest. Ein Zwangsouting intersexueller Kinder wird ebenfalls vermieden. 2017 urteilte das Bundesverfassungsgericht: Die Beschränkung auf „männlich“ und „weiblich“ ist verfassungswidrig. (BT-Drs. 19/4669)



Carsten Träger | Wahlkreis Fürth

✉ [carsten.traeger@bundestag.de](mailto:carsten.traeger@bundestag.de)

☎ 030 - 227 778 01

🌐 [www.carsten-traeger.de](http://www.carsten-traeger.de)

📘 [facebook.com/carstentraegermdb](https://facebook.com/carstentraegermdb)



# Gemeinsame Agrarpolitik muss nachhaltiger werden

Alle sieben Jahre werden die Förderrichtlinien der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union neu beschlossen. Die SPD-Bundestagsfraktion will die Förderung in den laufenden Verhandlungen für mehr Natur-, Umwelt-, Klima- und Tierschutz sowie die Stärkung der ländlichen Räume revolutionieren.



Die Gemeinsame Agrarpolitik gehört zu den ältesten Politikfeldern der Europäischen Union. Die Förderleitlinien werden alle sieben Jahre neu festgelegt, so wie der mehrjährige Finanzrahmen des EU-Haushalts. Die Agrarpolitik ist dabei einer der größten Haushaltsposten: Der aktuelle, bis 2020 gültige Finanzrahmen sieht insgesamt 408,3 Milliarden Euro für die Agrarförderung vor, das sind 38 % der Gesamtmittel.

Natürlich hat sich die Förderung in der langen Zeit seit ihrer Einführung immer wieder verändert. Ursprünglich funktionierte sie über staatliche Preisgarantien, die dann in den 90er Jahren abgebaut und durch die aktuellen zwei Säulen der Förderung ersetzt wurden: Die Direktzahlungen an Landwirte, gewährt je Hektar landwirtschaftlicher Fläche (77 % der Fördermittel), und Förderprogramme für umweltschonende Bewirtschaftung und ländliche

Entwicklung aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (23 % der Fördermittel).

## Leistungsprinzip statt Gießkanne

Wir finden: Die derzeitige Agrarförderung ist ungerecht und nicht nachhaltig. Durch die quasi bedingungslose flächenbezogene Förderung gehen 80 % der Fördermittel an nur 20 % der Betriebe. Statt nach der Leistung für die Gesellschaft – wie umweltschonendes Wirtschaften, Landschaftspflege oder Tierschutz – richtet sich die Aufteilung von 4,8 Milliarden Euro nur nach der Größe der Betriebe.

Die SPD-Bundestagsfraktion will, dass die Landwirtinnen und Landwirte von ihrer Arbeit gut leben und sich auf die neuen Herausforderungen gut einstellen können. Dafür wollen wir sie auch

in Zukunft finanziell unterstützen. Aber die Landwirtschaft muss einen größeren Beitrag für mehr Umwelt- und Klimaschutz, für eine gesellschaftlich akzeptierte Tierhaltung und die Stärkung des ländlichen Raumes leisten als bisher. Dafür wollen wir das Leistungsprinzip einführen: Wer viel für Tierschutz, Umwelt- und Klimaschutz und die Entwicklung des ländlichen Raums leistet, der soll mit kräftiger Förderung belohnt werden.

Die Verhandlungen für die nächste Förderperiode laufen in Brüssel auf Hochtouren. Die EU-Kommission hat einen kraftlosen Vorschlag vorgelegt. Die SPD-Bundestagsfraktion will eine Brücke zu einer fairen und nachhaltigen Agrarförderung bauen nach dem Motto „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“.

Dazu gehört die gezielte Berücksichtigung von Maßnahmen wie Ökolandbau, Biodiversitätsmaßnahmen wie Gewässerrandstreifen oder Blühstreifen, aber auch die Junglandwirteförderung oder ökologische Vorrangflächen als Förderbedingung. In bisher nicht gekanntem Umfang sollen so finanzielle Mittel für mehr Natur-, Umwelt-, Klima- und Tierschutz bereitgestellt werden.